

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

19.8.1932 (No. 193)

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 StraÙe Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 953
 und 954
 Postkontokonto
 Karlsruhe
 Nr. 2615

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 J. B.:
 G. H. Schreiber
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-StraÙe 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abbestellung, zwangsweiser Beibehaltung und Kontostandverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Kassenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Offizianten und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Löschung von Hypotheken und Grundschulden

Der sogenannte öffentliche Glaube, den jede Grundbucheintragung genießt, macht es erforderlich, daß jede Veränderung des Grundbuchs nur bei Erfüllung genauer Formvorschriften, die die materielle Berechtigung hierzu erweisen sollen, herbeigeführt werden kann. Soll daher ein Grundbuchlich gesichertes Recht gelöscht werden, so muß von einem jeden, dessen Recht von einer solchen Löschung betroffen werden kann, in öffentlich beglaubigter Form die Zustimmung zur Löschung dem Grundbuchamt vorliegen, bevor dies die Löschung verfügen kann.

Geht man von dem am häufigsten vorkommenden Falle aus, daß der Grundstückseigentümer, der zugleich der persönliche Schuldner der durch die Hypothek gesicherten Forderung ist, diese Forderung an den Gläubiger zurückzahlt, so hat der Gläubiger zwar kein Recht an der Hypothek mehr, die Hypothek erlischt aber nicht durch die Rückzahlung, sondern das durch sie gesicherte Rangrecht fällt dem Eigentümer als Eigentümergrundschuld zu. Will der Eigentümer nunmehr die im Grundbuch noch auf den Namen des Gläubigers eingetragene Hypothek löschen lassen, so muß er in öffentlich beglaubigter Form nachweisen:

1. daß die zugrunde liegende Forderung durch Zahlung erloschen ist, und daß der eingetragene Gläubiger die Löschung bewilligt;
2. daß die Zahlung von ihm, dem Eigentümer, erfolgt ist, weil nur in diesem Falle das Rangrecht als Eigentümergrundschuld auf ihn übergegangen ist, und
3. daß er, der Eigentümer, der Löschung zustimmt, weil er durch diese Löschung seine Eigentümergrundschuld verliert.

Eine von dem Hypothekengläubiger ausgestellte Löschungs-fähige Quittung wird daher, um Zweifel und Rückfragen auszuschließen, immer die Angabe enthalten müssen, von wem er den Rückzahlungsbetrag erhalten hat oder auf Grund welcher Tatsache (z. B. Verzicht, Schenkung) er das Recht an der Hypothek aufgibt. Hat nämlich der persönliche Schuldner der der Hypothek zugrunde liegenden Forderung, der nicht zugleich der Grundstückseigentümer ist, oder ein Bürge oder z. B. der Versicherer gemäß § 102 des Versicherungsvertragsgesetzes den Gläubiger befriedigt, so geht mit dem Erwerb der Forderung auch die Hypothek auf diesen über, und es bedarf auch von diesem einer öffentlich beglaubigten Zustimmung zur Löschung.

Zur Herbeiführung der grundbuchlichen Löschung ist ferner stets ein Antrag erforderlich, der meist vom Eigentümer ausgeht, aber auch vom Gläubiger gestellt werden kann. Der Antrag ist an eine besondere Form nicht gebunden, wird aber meist, um doppelte Erklärungen zu vermeiden, mit der öffentlich zu beglaubigenden Zustimmung verbunden. Ist über das zu löschende Recht ein Brief ausgestellt worden, so muß dieser zur Unbrauchbarmachung dem Grundbuchamt mit eingereicht werden. Hat ein Notar die zur Löschung erforderlichen Erklärungen beglaubigt, so ist dieser an Stelle der Antragsberechtigten zur Stellung des Löschungsantrags befugt.

In der Regel bedarf es also zur Löschung nur der öffentlich beglaubigten Erklärungen des Eigentümers und des Gläubigers, die in folgender Weise auf einer Urkunde vereinigt werden können:

„Im Grundbuch von Karlsruhe, Band 5, Blatt Nr. 353, Abt. III unter Nr. 8 steht für mich, Max R., eine Hypothek von 10 000 M eingetragen. Ich bestätige, hierauf die Valuta von 10 000 M von dem Grundstückseigentümer Hermann Sch. empfangen zu haben und bewillige die Löschung der Hypothek im Grundbuch.
 Ich, der eingetragene Eigentümer des obigen bezeichneten Grundstückes, bewillige und beantrage die Löschung der in Abt. III unter Nr. 8 eingetragenen Hypothek.
 Karlsruhe, den 1. April 1932.
 Max R.
 Hermann Sch.“

(Darunter Beglaubigungsmerkmal des Notars oder Gerichts.)

Ist das zu löschende Recht weiterverpfändet, oder besteht an diesem ein Nießbrauch oder ist ein Nachbenrecht nach dem Eigentümer oder Gläubiger eingetragen, so muß neben der Löschungsbeurteilung des Eigentümers und Gläubigers auch eine solche des Pfandgläubigers, des Nießbrauchers oder der Nachbenberechtigten vorgelegt werden. Stehen Eigentümer oder Gläubiger bzw. andere Berechtigte unter Vormundschaft, so muß der Vormund die erforderlichen Erklärungen abgeben und seine Bestallung mit einreichen. Da hier in bestimmten Fällen auch die Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichts nachzuweisen ist, wird es sich empfehlen, in allen Fällen, bei denen ein Vormund mitzuwirken hat, den Rat eines Notars wegen der zu beschaffenden Urkunden einzuholen.

Erben der Berechtigten bedürfen zur Herbeiführung der Löschung nicht der vorherigen Eintragung im Grundbuch. Sie müssen sich aber durch Erbschein legitimieren. Hat der Erblasser ein öffentliches Testament errichtet, so genügt die Vorlegung einer beglaubigten Abschrift desselben in Verbindung mit dem Eröffnungsprotokoll.

Zum Schluß sei bemerkt, daß man unter öffentlicher Beglaubigung nur die gerichtliche und notarielle Beglaubigung von Unterschriften versteht, welche beide die gleichen Kosten verursachen. Eine polizeiliche Beglaubigung reicht — ganz abgesehen davon, daß sie nach einer der letzten Reihenordnungen weitgehend eingeschränkt worden ist — für Erklärungen gegenüber dem Grundbuchamt in keinem Falle aus. Wird der ganze Inhalt einer Erklärung vom Gericht oder von einem Notar abgefaßt und ausgenommen, so spricht man von einer gerichtlichen oder notariellen Beurkundung, die stets die öffentliche Beglaubigung ersetzt, aber natürlich höhere Gebühren entfallen läßt, als die einfache Beglaubigung.
 Dr. v. B.

Letzte Nachrichten

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

Heute nachmittag Kabinettsitzung
 W.B. Berlin, 19. Aug. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, gehen die Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten über die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heute weiter. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß bereits eine Verständigung erzielt worden ist. Man nimmt an, daß die heutigen Besprechungen in erster Linie der technischen Durchführung gelten. Das wird auch daraus geschlossen, daß an den heutigen Verhandlungen auch der Reichswirtschafts- und der Reichsfinanzminister wieder beteiligt sind.

Was nun die Summe anlangt, um die es in diesen Verhandlungen geht, so scheint es sich in der Tat bisher um die 335 Millionen gehandelt zu haben, von denen in der Presse bereits die Rede war. 135 Millionen davon waren für die Durchführung des ursprünglichen Programms des Kabinetts vorgesehen. Sie sind übrigens zum größten Teil auch bereits verausgabt, so daß für die weiteren Aufgaben noch 200 Millionen in Frage kommen. Die Andeutungen, daß die Vermittlungen der Reichsregierung auch noch über diesen Rahmen hinausgehen, dürften ziemlich richtig sein. Bismarck aber entsprechende praktische Möglichkeiten gegeben sind, wird sich wohl erst in den weiteren Verhandlungen aus der Praxis ergeben können.

Das Reichskabinett wird sich übrigens heute nachmittag mit diesen Dingen beschäftigen. Es ist für 17 Uhr einberufen.

Hitler über die Lage im Reich

Unterredung mit einem Vertreter der Associated Press
 W.B. New York, 19. Aug. (Priv.-Tel.) Die Wälder bringen eine Unterredung des Berliner Chefkorrespondenten der Associated Press, Louis B. Lohner, mit Hitler, die in den bairischen Bergen stattgefunden hat. Hitler hat sich bei dieser Unterredung zunächst über die Frage einer Teilnahme an der Regierung ausgesprochen. Zur Übernahme der Macht in einer Demokratie gehörten 51 Proz. Über diese verfüge er zwar nicht, aber er verfüge über 37 Proz. Das wären ungefähr 75 Proz. jener 51 Proz., die zur Regierungsübernahme erforderlich seien. Ohne die Nationalsozialisten wäre eine legale Regierung in Deutschland nicht länger möglich. Er könne von einer sicheren Position aus die weitere Entwicklung abwarten.

Auf die Bemerkung des Vertreters der Associated Press, daß die Regierung v. Papen von ihm behauptete, er habe für sich die ganze Macht verlangt, wie Mussolini sie ausübe, und daß er versprochen habe, die gegenwärtige Regierung gerade nach den Reichstagswahlen zu unterstützen, antwortete Hitler, der Hinweis auf Mussolini sei niemals in diesem Zusammenhang gefallen und sei vollkommen falsch wiedergegeben worden. Daß die Nationalsozialisten die ganze Macht niemals verlangt hätten, gehe aus der Tatsache hervor, daß sie das Reichswehrministerium niemals gefordert hätten. Dies ließe gewiß einen großen Nachschub in den Händen der Exekutive. Was die Tolerierung der gegenwärtigen Regierung anbetreffe, so habe er lebhaft versprochen, die Regierung solange zu unterstützen, als die Nationalsozialisten deren innere und auswärtige Politik würden billigen können. Wenn z. B. in Lausanne unsere Regierung ein klares Nein ausgesprochen hätte, selbst auf die Gefahr hin, die Konferenz zu sprengen, so hätte unsere Haltung eine andere sein können. Eine Verständigung mit Frankreich sei unmöglich, solange Frankreich Deutschland behandle, wie es jetzt geschehe. Hitler wies mit einem ungeduldrigen Lächeln und einer verneinenden Geste die Idee des „Marsches auf Berlin“ von sich ab. „Warum soll ich auf Berlin marschieren? Ich bin ja schon dort.“ Die Frage ist nicht, wer auf Berlin marschieren wird, sondern vielmehr, wer aus Berlin herauszumarschieren haben wird. Meine Sturmtruppen sind die denkbar bestdisziplinierten Truppen, die es gibt, und sie werden nicht einen illegalen Marsch versuchen.“

Schwere Kämpfe in Brasilien

W.B. Rio de Janeiro, 19. Aug. (Tel.) Die Aufständischen haben in der Gegend der Mantiquiera-Berge eine heftige Offensive eröffnet, die jedoch von den Regierungstruppen erfolgreich abgewiesen werden konnte. Die Aufständischen erlitten bei ihrem Angriff, der nach einer Verhandlung des brasilianischen Kriegsministeriums die schwerste Kampfhandlung seit Beginn des Aufstandes darstellt, bedeutende Verluste.

Die Konferenz von Ottawa

W.B. Ottawa, 19. Aug. (Tel.) Nach langen Besprechungen zwischen den Vertretern Großbritanniens und Canadas, die erst spät am Abend beendet wurden, erklärte Bennett, daß ein Einvernehmen bei vielen Punkten erzielt worden sei.

Zur Einberufung des Reichstages. Eine Tagesordnung kommt für die erste Reichstagsitzung am 30. August nicht in Frage, weil sie lediglich der Konstituierung des neuen Parlaments gewidmet ist. Die Sitzung wird von der Alterspräsidentin, Klara Petkin (Komm.), eröffnet werden, worauf das Haus dann die Präsidentenwahlen durchzuführen hat.

Wirtschaftliche Umschau

Autarkie in Brotgetreide und Getreidepreis — Vieh und Bereidungsprodukte — Die Schwierigkeiten bei den Konsumvereinen

Die deutsche Brotgetreideernte wird in diesem Jahr so reichlich sein, daß der deutsche Bedarf nicht nur voll gedeckt, sondern überschritten wird, so daß wir also in Roggen und Weizen vom Ausland unabhängig werden und ein Ziel erreicht ist, dessen Erreichung nicht bloß im Krieg, sondern auch besonders in den ersten Nachkriegsjahren als dringend notwendig bezeichnet wurde. Daß damit für die deutsche Volkswirtschaft etwas Bedeutendes geschaffen wurde, steht auch deshalb außer Zweifel, weil es bisher durch zollpolitische Maßnahmen gelungen ist, die Getreidepreise auf eine Höhe zu bringen, mit der die Getreide erzeugende Landwirtschaft sich im wesentlichen zufrieden erklärt. Dies erkennt auch die Preisrichtstelle beim deutschen Landwirtschaftsrat an, die allerdings nun Verfügungen äußert, daß nun noch mit einer weiteren beträchtlichen Ausdehnung der Anbauflächen für Getreide (und auch Kartoffel) zu rechnen ist und dadurch schließlich die inländische Produktion an Erzeugnissen des Ackerbaus die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes überschreiten könnte. Eine absolute Überschuberzeugung aber, gerade auf dem Gebiet, wo bisher eine entsprechende „Steuerung“ unter Ausnutzung des vorhandenen Aufschubs aus dem Ausland gelang, würde es auf die Dauer unmöglich machen, ein einigermaßen befriedigendes Preisniveau der Landwirtschaft zu erhalten. Bereits jetzt liegt infolge der qualitativ und quantitativ ausgezeichneten Ernte, die schätzungsweise 3 Mill. Tonnen mehr als 1931 beträgt, trotz der Zölle ein gewisser Druck auf den Brotgetreidepreisen, was sich daraus schwerer erklärt, daß der Einfuhrüberschuß im Vorjahr rund 2½ Mill. Tonnen betrug.

Das Reich hat ja, nachdem auch in diesem Jahr, durch den günstigen Ernteausfall die erste Sorge erledigt ist, zur zweiten Erntefolge, nämlich der marktmäßigen Verwendung der Ernte nach besten Kräften sich bemüht, einen möglichst reibungslosen Abfluß des Getreides sicher zu stellen. Bei der diesjährigen Erntefinanzierung wurde durch Zuschüsse und Zinsverbilligung das Hauptgewicht auf eine Ausweitung der Einlagerungsmöglichkeiten gelegt. Dazu dürfte das nun vom Reichsrat gebilligte Handelsklassengesetz für Getreide Ende des Monats praktisch in Wirksamkeit treten und so noch bessere Grundlagen für die Einlagerung und den Abfluß der Ernte geschaffen werden. Da wir nur in Brotgetreide jetzt einen Überschub haben, für Futtergetreide, wie Gerste, aber weiter ausländische Zufuhr brauchen, rechtfertigt sich weiterhin das Bestreben, durch die bekannte „Verkoppelungsaktion“ die Roggenverfütterung zu erleichtern, die Roggenanfuhr durch Ausfuhrscheine zu belohnen und das Gleichgewicht zwischen Brot- und Futtergetreide herzustellen. Nur müßte die Gewährung von Ausfuhrscheinen zur Erleichterung der Gersteinfuhr zur Zeit wenig, da es infolge der niedrigen Roggenpreise im Ausland schwer ist, auch nur geringe Mengen deutschen Roggens dort unterzubringen.

Die Umstellung von der Vieh- und Grünlandwirtschaft auf die Ackerwirtschaft

erfolgte im größeren Umfang, namentlich im Nordwesten Deutschlands, wo gerade der Brotgetreidebau in Form von Winterweizen und Winterroggen noch weiter vermehrt werden dürfte. Dies erklärt sich daraus, daß der Preisindex für pflanzliche Nahrungsmittel 115,1, der Index für Vieh 69,4 und der für Vieherzeugnisse zuletzt 90 betrug. Man kann es also dem Landwirt nicht verdenken, wenn er nun bemüht ist, mehr Getreide zu erzeugen, um eher auf seine Rechnung zu kommen. Natürlich wäre es der Reichsregierung möglich, durch zollpolitische Maßnahmen die Getreidepreise zu senken und auf der anderen Seite durch eine derartige Freisetzung von Kaufkraft der Verbraucher einen stärkeren Absatz und bessere Preise für Vieh- und landwirtschaftliche Bereidungszeugnisse zu erzielen, woran namentlich der süddeutsche Landwirt, der aus klimatischen und Bodenverhältnissen heraus, durchschnittlich in seinem häuerlichen Betrieb überhaupt mehr auf die Viehwirtschaft angewiesen ist, einen Vorteil hätte. Freilich unter der Voraussetzung, daß Maßnahmen möglich sind, die es verhindern, daß den ausländischen Lieferanten von landwirtschaftlichen Bereidungszeugnissen, wie Milchprodukten, Eier, Obst

und Gemüse der Vorteil einer auf Kosten der Getreidepreise erzielten Kaufkraftsteigerung der Konsumenten zugute käme. Die Schwierigkeiten, die in dieser Hinsicht bestehen, sind bekannt. Die deutsche Exportindustrie ist gerade auf den Absatz nach Ländern angewiesen, die uns mit landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten beliefern, und sie wird, auch wenn es gelänge, die Kaufkraft der inländischen Landwirtschaft auf diese Weise, und was gleichfalls notwendig wäre, im ganzen zu steigern, nur zum Teil Ersatz für schwindenden Auslandsabsatz finden können. Vom deutschen Landwirtschaftsrat wird in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, daß die Brotpreise heute fast ausnahmslos noch auf dem gleichen Stand verharren, den sie zur Zeit der höchsten Mehlpriese im Mai hatten. Und es wird erklärt, es sei sehr bedenklich, der Landwirtschaft in dem nahezu einzigen Gebiet, an dem sie heute auf der Einnahmeseite noch einigen Rückhalt finde, nämlich in der Getreidewirtschaft, durch Senkung der Getreidepreise diesen Rückhalt zu nehmen, ohne die Sicherheit zu haben, daß die Preise für Veredelungsprodukte einen Ausgleich schaffen. Im Anschluß daran wird auf neue die Forderung nach Kontingentierung bei der Einfuhr landwirtschaftlicher Veredelungsprodukte erhoben, und zwar mit der Begründung, daß die Rentabilitätsverhältnisse der Viehwirtschaft, was ja aus dem Preisindex hervorgeht, immer unhaltbarer geworden seien.

Die Liquiditätsschwierigkeiten bei zwei großen Konsumvereinen in Berlin, dem Beamtenwirtschaftsverein Berlin und der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung, denen dann noch zwei Genossenschaften in Breslau und München folgten, lenken die Aufmerksamkeit auf die allgemeine Lage der Konsumgenossenschaften, die übrigens an den verschiedenen Orten durchaus verschieden ist. Wir haben in Deutschland zwei große Dachgesellschaften für Konsumvereine, die als Zentralorganisationen, Großeinkaufsgenossenschaften und Besitzer von Fabriken eine bedeutende Rolle im deutschen Wirtschaftsleben spielen, nämlich den Kölnner Reichsverband mit seiner Großeinkaufsgenossenschaft Cepag und die Großeinkaufsgenossenschaft in Hamburg GEG. Daß von den beiden in Auszahlungsschwierigkeiten geratenen Berliner Konsumgenossenschaften je eine der beiden Großeinkaufsgenossenschaften angehört, zeigt, daß ganz allgemein auch die Konsumvereine die Schwere der Wirtschaftskrise empfindlich spüren.

Die Konsumgenossenschaften haben besonders in der Nachkriegszeit neben dem Warengeschäft auch das Geschäft als Sparinstitute gesteigert, und es gelang ihnen schließlich im Herbst 1930 mit 413 Millionen RM. Einlagen den Höhepunkt der Spareinlagen zu erreichen. Bereits Ende März 1932 ist der Bestand an Spargeldern, der noch im Juli 1931 405 Millionen RM. betrug, auf 298 Mill. zurückgegangen. Sie hatten bis dahin also ein Viertel ihres Bestandes zurückzahlen müssen. Diese Entwicklung ist aber inzwischen immer weitergegangen. Bei den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes umfaßten die Rückzahlungen im Geschäftsjahr 1931/32 rund die Hälfte der im Lauf der letzten acht Jahre angeammelten Spareinlagen. Wie das in der sozialen Zusammensetzung der Spareinleger bei den Konsumgenossenschaften begründet ist, so handelt es sich nicht nur um Angstabwehrungen infolge der politischen Entwicklung, sondern noch mehr um Rückgriffe auf das Sparkapital, zu denen viele Sparere gezwungen waren. Die Konsumgenossenschaften haben im Grunde bei den Rückzahlungen eine große Liquidität gezeigt. Sie sind aber doch gezwungen worden, auch Reichsmittel über die Preußenkasse und Stützungskredite in Anspruch zu nehmen, die bisher ebenso hoch sein dürften, wie die den gewerblichen Genossenschaften gewährten Stützungen. Sie verlangen nun eine weitere Hilfsaktion durch das Reich, der allerdings wohl auch politische Schwierigkeiten im Wege stehen. Jedenfalls werden sie damit rechnen müssen, daß ihr Geschäftsgebaren einer strengen Prüfung unterzogen wird.

Auch die Konsumvereine haben Fehler dadurch begangen, daß sie zu große Mittel von Spareinlagen bei verhältnismäßig zu geringem Eigenkapital in ihren Anlagen banden. Auch das vorwiegend Lebensmittel umfassende Warengeschäft der Konsumvereine ist schließlich zurückgegangen, und das spüren auch die von ihnen eingerichteten großen Fabriken (Wurstfabriken, Mühlen, Bäckereien, Tabak-, Seifen- u. Zündholzfabriken), die auch zum Teil mit zu großen Erzeugungskapazitäten angelegt scheinen. Ferner hat man ein großes Filialnetz ausgebaut, dadurch seinerseits zur Überzeugung des Einzelhandels beigetragen u. auch den eigenen Grundbesitz zu sehr ausgedehnt, wobei man sich auch wieder nicht so sehr auf das Eigenkapital als auf die Spareinlagen stützte. Auch die Konsumvereine werden zu Reformen ihrer Anlagepolitik und zur Stärkung ihres Eigenkapitals genötigt sein, und auf allzu große Hilfe aus öffentlichen Mitteln werden sie in der heutigen Wirtschaftslage, als Gegner des schwer um seine Existenz ringenden Einzelhandels, der ja dann das gleiche beanspruchen könnte, nicht rechnen können.

Staatskommissare für preussische Gemeinden. Ein Erlass, durch den Staatskommissare für verschiedene preussische Gemeinden eingesetzt werden sollen, ist zu erwarten. An eine Verordnung ist dabei nicht gedacht. Es handelt sich nur darum, Maßnahmen zu treffen, die die Vereinfachung der rückständigen Steuern sicherstellen sollen. Wenn eine Anweisung kommt, daß in einzelne Gemeinden ein Staatskommissar entsandt werden soll, wird dies auf dem Verwaltungswege geschehen.

Der zweite Stratospährenflug 16 700 Meter Höhe erreicht

Der Ballon Professor Piccards ist, nachdem er den Gardasee überflogen hat, am Donnerstag, 5 Uhr nachmittags, in der oberitalienischen Ebene bei Ronzambano in der Provinz Mantua, niedergegangen. Die vorläufige Prüfung der Meßgeräte hat ergeben daß eine Höhe von 16 700 Meter erreicht worden ist.

Piccard erzählt, daß er nach seinem Start in Zürich innerhalb von drei Stunden eine Höhe von 16 700 Meter erreicht habe, wo der Himmel sehr dunkel gewesen und eine sehr starke Kälte geherrscht habe. Zur Orientierung hätten ihm die Seen gedient, die sehr klar gewesen seien. Am Mittag habe er sich über den Alpen befunden, wobei er St. Moritz überflogen und bald darauf den Gardasee erkannt habe, über dem er bis auf 3000 Meter niedergegangen sei. Da vollständige Windstille herrschte, sei er mehrere Stunden über dem See geblieben und habe sich dann der Erde genähert, wobei er nach einem für die Landung geeigneten Plage Umschau gehalten habe. Der Flug sei sehr gut verlaufen und die Instrumente hätten glänzend gearbeitet. Piccard war sehr ermüdet, ja fast erschöpft, besonders infolge des außerordentlichen Temperaturunterschiedes zwischen der eisigen Kälte der Stratosphäre und der auf der Erde herrschenden Hitze.

Piccard erklärte weiter, daß er beim Abstieg mehrere Male die Adria und das Tyrrhenische Meer gesehen habe. Die Meßinstrumente hätten außerhalb der Gondel eine Temperatur von 55 Grad unter Null und in der Gondel von 15 Grad unter Null aufgezeichnet. Das ausgezeichnete Wetter habe gestattet, zahlreiche Beobachtungen anzustellen, auf deren Durchführung er von Anfang an gehofft hatte.

Der Begleiter von Professor Piccard, Ingenieur Cosins, hat erklärt, daß sämtliche wissenschaftlichen Instrumente bei der Landung beschädigt worden seien, doch seien die wissenschaftlichen Dokumente intakt geblieben.

Die englische Kriegsanleihe-Konversion

350 Millionen Reichsmark jährlich Zinsersparnis

Das nun bekanntgegebene Konversionsergebnis für die Londoner fünfprozentige Kriegsanleihe (bei der es sich um rund 30-40 Milliarden Reichsmark handelt), hat selbst die optimistischsten Erwartungen auf Seiten der offiziellen Londoner Stellen übertroffen. Von dem Gesamtbetrag in Höhe von 2 086 405 000 Pfd. Sterling wurden etwa 1 805 000 000 Pfd. Sterling in die neue 3½prozent. Anleihe konvertiert. Diejenigen Anleihehalter, deren Vorkauf noch für Konversion optiert haben, werden automatisch am 30. September konvertiert. Fast 90 Prozent der riesigen Kriegsanleihe sind also bereits innerhalb der ersten vier Wochen nach Aufündigung der Umwandlung zur Konvertierung angemeldet worden, und nur 48 Mill. Pfd. Sterling sind bis jetzt zur Vorauszahlung angemeldet worden. Lediglich das Schicksal von 189 Mill. Pfd. Sterling steht noch aus.

Die englische Presse, die den „Triumph der englischen Kriegsanleihekonzersion“ in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen rückt, pflichtet dem Schatzkanzler in diesen Erwartungen bei. Wenn sich, so meint „Daily Telegraph“, die Konversion als ein Hauptfaktor für die Erholung der englischen Wirtschaft erweise, so müsse sie auch in starkem Maß zur Erholung der Weltwirtschaft beitragen. Das Blatt errechnet die ungefähre jährliche Zinsersparnis auf 2,4 Mill. Pfd. Sterling (350 Mill. Reichsmark). Die Folge kann sein, daß auch eine Herabsetzung des in England üblichen Zinsfußes eintreten wird. Das ist für Deutschland insofern von Interesse, als man erwägen muß, daß mit der Senkung des Zinsfußes auch ein Heruntergehen der Steuerlasten in England Hand in Hand gehen wird. Dadurch würde der deutsche Wettbewerb auf dem Weltmarkt außerordentlich erleichtert werden.

Feierliche Enthüllung eines Hindenburgbildes in Ungarn

Bei dem Regimentstag des Königl. Ungar. Honved-Inf.-Regts. Nr. 5 St. Stephan, wurde in Stuhlweissenburg (Ungarn) das vom Regimentsinhaber, Generalfeldmarschall von Hindenburg dem Regiment gewidmete Porträt im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung enthüllt. Zur Feier hatte sich auch der Kommandant der zugehörigen gemischten Brigade, R. J. Mohly, eingefunden. Der auf Urlaub befindliche deutsche Gesandte in Budapest, Freiherr von Schön, war durch den Gefandtschaftsrat Dr. Schimbert vertreten.

Oberst Otto Beken-Koos würdigte die Bedeutung des Regimentstages. Feldmarschallleutnant Mohly gab dann das Zeichen für die Enthüllung. Als die Hülle fiel, wurde das ausgezeichnete Lebensgroße Porträt des Generalfeldmarschalls in ungarischer Oberform sichtbar. Das Gemälde ist ein Werk des Berliner Malers Kossuth. Das Porträt wird im Großen Saal des Offizierskasinos neben den Bildern des Königs Stephan des Heiligen und des Reichsverwesers von Horthy untergebracht werden.

Kurze Nachrichten

Besprechungen zwischen Reichsarbeitsminister und Gewerkschaften sollen in der kommenden Woche stattfinden.

Dr. Brüning auf der Bähler Höhe. Reichskanzler a. D. Dr. Brüning ist, dem „Bad. Beob.“ zufolge, zu längerem Kurzaufenthalt auf der Bähler Höhe eingetroffen.

Admiral Zentler †. Admiral a. D. Hans Zentler ist Donnerstag nachmittag nach einmonatigem Krankenlager in einer Göttinger Klinik, wo er sich einer schweren Operation unterziehen mußte, im Alter von 62 Jahren gestorben. Während des Krieges als Admiraloffizier im Großen Hauptquartier, unterstützte er energisch die Bestrebungen des Großadmirals v. Tirpitz auf offensive Seefriedführung. 1924 wurde er als Nachfolger des Admirals v. Behne zum Chef der Marineleitung berufen. Ihm ist es zu verdanken, daß die Reichsmarine in den Kreuzern und Torpedobootsgeräten für die veralteten Schiffe besam. Auch an der Bewilligung des Panzerkreuzers A hatte Admiral Zentler regen Anteil.

Die „Große Deutsche Funtausstellung Berlin 1932“ wurde heute, Freitagvormittag, vor mehr als 2000 geladenen Gästen feierlich eröffnet. In Vertretung von Reichspostminister Frhr. v. Elb-Röbenach hielt Staatssekretär Feilerabend die Eröffnungsansprache. Der vor Jahren begonnene Bau von Großsenbern stehe vor dem Abschluß. Anerkennung gebühre dem gesamten deutschen Funktgewerbe für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Funkttechnik.

In Mecklenburg-Schwerin nur mehr Landesfarben. Wie der „Voss. Ztg.“ aus Schwerin gemeldet wird, hat die Regierung von Mecklenburg-Schwerin in einer Verordnung vom 11. August bestimmt, daß staatliche Gebäude nur noch auf Anordnung des Ministeriums und in den Landesfarben flaggen dürfen. Das gilt auch für Dienstwohnungen von Beamten, soweit sie sich in staatlichen Gebäuden befinden. Eine ähnliche Verordnung wurde kürzlich auch in Anhalt erlassen.

Das deutsche Recht auf Gleichberechtigung Der „Aufklärungsausschuss für nationale Sicherheit“ zur Abrüstungsfrage

Der „Aufklärungsausschuss für nationale Sicherheit“, der sich aus dem Deutschen Reichskriegerbund „Kriegshäuser“, dem Arbeitsausschuss deutscher Verbände und der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverfärbung zusammensetzt, veranstaltete im Haus der Deutschen Presse in Berlin einen Empfang für die in- und ausländische Presse.

Der Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes „Kriegshäuser“, General v. Horn, führte u. a. aus, daß sich der „Aufklärungsausschuss für nationale Sicherheit“ gebildet hätte mit der ausdrücklichen Absicht, das deutsche Recht auf Gleichberechtigung, Sicherheit und Ehre auf breiter Grundlage in allen Volksschichten geltend zu machen.

Generalmajor a. D. v. Franzenberg und Proschlik, der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverfärbung, nahm zur Genfer Abrüstungsresolution Stellung. Er erklärte u. a., man könne sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Militärluftfahrt in den anderen Staaten nur eingeschränkt werde, während sie für Deutschland verboten bleiben solle. Die in Aussicht genommene Internationalisierung der Zivilluftfahrt würde für Deutschland nur die Preisgabe der letzten deutschen Vorkriegsrechte in der Luft und eine schwere Schädigung des deutschen friedlichen Luftverkehrs bedeuten. Wenn keine Aussicht vorhanden sei, daß die Gleichberechtigung Deutschlands durch Abrüstung oder durch fühlbare Rüstungsberminderung bei den Vertragspartnern gewonnen werde, so könne ein Ausgleich nur durch Verstärkung der deutschen Verteidigungsmittel geschaffen werden.

Der geschäftsführende Vizepräsident des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, Dr. h. c. Dreager, führte u. a. aus, der gegenwärtige Zustand, der die Scheidung zwischen schwerbewaffneten und beinahe waffenlosen Völkern aufrechterhalte, sei rechtswidrig. Die gegenwärtigen diplomatischen Verhandlungen hätten nur dann einen Sinn, wenn dadurch eine vollkommene Gleichberechtigung Deutschlands erreicht werde. An die Stelle verlegenden Mißtrauens und englischer Machtpolitik müßte die Achtung vor der nationalen Würde jeden Volkes und die Anerkennung jener Grundsätze treten, die mit dem Begriff der staatlichen Souveränität verknüpft seien.

Um den jugendlichen Gewerkschaften

Das Problem der Arbeitsdienstpflicht

Es ist richtig, daß sich die Reichsregierung im Rahmen der Beratungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm auch besonders mit der Frage des jugendlichen Gewerkschaften befaßt hat. Dabei hat man auch die Möglichkeit besprochen, den § 91 der Arbeitsdienstverordnung zu ergänzen durch Bestimmungen, die den Arbeitsdienst für bestimmte Jahrgänge zur Pflicht machen. Allerdings hängt das in erster Linie davon ab, ob es gelingt, genügend Arbeitsmöglichkeiten zu finden, was jetzt noch nicht der Fall ist.

Auf jeden Fall wird man aber die Bestimmung des § 91, wonach Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr an Stelle der Unterstützung beschäftigt werden müssen, in vollem Umfange zur Durchführung bringen. Ob das für die weiteren Jahrgänge bis zum 25. Lebensjahr möglich sein wird, steht noch dahin. In gut unterrichteten Kreisen nimmt man vielmehr an, daß eine bezügliche Erweiterung der Arbeitsdienstpflicht erst im nächsten Frühjahr möglich sein wird. Ebenso werden nicht auch die Bestimmungen, den Wehrsport durchzuführen, erst im nächsten Jahre Bewirkung finden, zumal ja der Arbeitsdienst selbst in erheblichem Maße mit dem Sport und der Körpererziehung in Verbindung gebracht wurde.

Dessen ungeachtet geben natürlich die Beratungen über die Organisation des Wehrsports und der Jugendportorganisationen unablässig weiter mit dem Ziele, im nächsten Jahre die Pläne der Reichsregierung endlich zur Durchführung zu bringen. Bis jetzt läßt sich aber noch nicht überblicken, in welchem Umfange hier eine reichseinheitliche Organisation geschaffen wird, da die entsprechenden Besprechungen mit den Ländern noch nicht stattgefunden haben. Möglicherweise wird man hier nur eine einheitliche Reichsaufsicht schaffen, was aber letzten Endes von dem Schicksal der Wehrfrage selber in erheblichem Maße abhängt. Auf jeden Fall ist die Regierung bestrebt, der Jugend in Zukunft eine größere Beachtung als bisher zu widmen und insbesondere alles zu tun, um die Jugend von der Strafe wegzubringen.

Kleine Chronik

Nach dem Genuß von eingemachten Bohnen erkrankte, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, eine Familie in Offenbach bei Langen. Zwei Personen sind gestorben. Eine dritte Person liegt hoffnungslos danieder.

Nachdem die Bergungsarbeiten am Brack der „Niobe“ bei Kiel in den letzten Tagen gute Fortschritte gemacht hatten, sind sie seit Donnerstagabend zu einem gewissen Stillstand gekommen, da die schwierigen Grundverhältnisse die Anlandbringung außerordentlich erschweren. Bei festem Boden wären die Hebungsarbeiten längst beendet. Für die Bergung der Leichen haben sich 25 Mann der Stammdivision der Ostsee freiwillig gemeldet. Die Trauerfeier für die „Niobe“-Toten wird voraussichtlich Montagnachmittag stattfinden.

Aber die Ermordung eines angeblichen Prinzen von Bourbon wurde in den Blättern berichtet. Prinz Sixtus von Bourbon-Parma, der Bruder der ehemaligen Kaiserin von Österreich, der sich in einem südfranzösischen Badeort aufhält, erklärte einem Vertreter des „Journal“, daß der angebliche Prinz Edgar von Bourbon, der in Paris ermordet worden ist, kein Bourbon sei und daß man es sicherlich mit einem Schwindler und Menteurer zu tun habe.

Ein französisches Marineflugzeug stürzte Donnerstagabend an der französischen Mittelmeerküste, nicht allzuweit von Nizza ab; die drei Insassen fanden den Tod.

Bei Chalons für Marne stürzte ein Militärflugzeug ab. Zwei Insassen kamen ums Leben.

Nach einer Meldung aus Schanghai hat das Volkgericht in Nanjing zwei Kaufleute wegen Verkaufs japanischer Waren zum Tode verurteilt, unter der Begründung, daß sie Verräter seien.

Der frühere amerikanische Arbeitsminister Senator Davis ist wegen Lotterievergehens angeklagt.

Zum ersten Flug über den Ozean und zurück stieg am Donnerstag um 11.35 Uhr mitteleuropäische Zeit in Fort Worth (Irland) der Pilot Morrison auf. Er beabsichtigt, nach Harbour Grace auf Neufundland zu fliegen, und von dort aus seinen Flug nach New York weiter fortzusetzen, um nach kurzem Aufenthalt die Küste wieder anzutreten. Morrison ist der Gatte der Australiensiegerin Johnson. Er wurde heute, Freitag früh, von dem Passagierdampfer „Ascania“ gesichtet. Die See war ruhig, der Himmel heiter. Der Pilot winkte dem Schiff Grüße zu.

Reform der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie

Die vor mehreren Jahren vorgenommene Erhöhung der Zahl der Lose in der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie auf 800 000 in Verbindung mit einer beträchtlichen Erhöhung des Lospreises von 120 auf 200 M. erweist sich in dieser Zeit starken wirtschaftlichen Rückgangs als ein Fehlschlag. Es ist offenes Geheimnis, daß ein beträchtlicher Teil der Lose nicht mehr abgesetzt werden kann. Nunmehr wird von der übernehmenden, der 41. Lotterie ab, die Zahl der Lose von bisher 800 000 auf 600 000 herabgesetzt. Das geschieht in der Weise, daß die zweite Abteilung der die Nummern 1—400 000 tragenden Lose fallen gelassen und unter Fortnumerierung bis 600 000 neue 100 000 Lose geschaffen werden. Neu ist ferner, daß bei dieser Halbierung sämtliche Lose in 10 Klassen zu Ausgabe gelangen. Zum Ausgleich werden die neuzuschaffenden 100 000 Lose auch in Viertel-, halben und ganzen Los ausgegeben. Die der jetzt im Gange befindlichen folgende 40. Lotterie wird von der Lotterieverwaltung als Übergangslotterie bezeichnet, d. h. sie soll den Lotteriennehmern Gelegenheit geben, vorbereitende Maßnahmen für die folgende neue Lotterie zu treffen. Die Aufrechterhaltung des Lospreises von 200 M. für das ganze Los wird bereits kritisiert, ganz abgesehen davon, daß in weiten Kreisen des Spielpublikums der bisherige Spielplan als unzureichend empfunden wird.

Badischer Teil

Zum Hinscheiden des badischen Innenministers Weitere Trauerkündigungen

zum Tode des Ministers des Innern haben noch eingelangt:
Der Reichsminister der Justiz, Berlin.
Das Thüringische Staatsministerium, Weimar.
Der Reichsarbeitsminister, Berlin.
Der Reichswirtschaftsminister, Berlin.
Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin.
Der Oldenburgische Ministerpräsident Roever, Oldenburg.
Der Bayerische Innenminister Stügel.
Das Staatsamt für auswärtige Angelegenheiten, Hamburg 1.
Die Schaumburg-Lippische Landesregierung.
Die Lippische Landesregierung, Detmold.
Der Senat der freien Hansestadt Bremen.
Der Senat der freien Hansestadt Lübeck.
Hr. Adalbert von Reippers.
Gesamverband der Inneren Mission in Baden, Karlsruhe.
Israelitische Religionsgesellschaft, Karlsruhe.
Der Rektor der Handelshochschule, Mannheim.
Rechtsanwalt Dr. Marum, M. d. N.
Die Generaldirektion des Bad. Landestheaters, Karlsruhe.
Badische Bank, Karlsruhe.
Deutscher Bankbeamtenverein E. V., Stuttgart.
Badische Kommunale Landesbank, Mannheim.
Der französische Konsul, Karlsruhe.
Der Verband badischer Gemeinden, Karlsruhe.
Badischer Gastwirtsverband e. V., Karlsruhe.
Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden, Karlsruhe.
Die Handelskammer für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach.
Badischer Industrie- und Handelsklub, Mannheim.
Der Bürgermeister von Philippsburg.
Der Bürgermeister der Stadtgemeinde Rehl.
Der Oberbürgermeister von Konstanz.
Der Bürgermeister von Willingen.
Der Kreisvorsitzende der Stadt Mosbach.
Die Direktion der Dalmier-Berg AG., Gaggenau.
Der Rektor der Universität Heidelberg.
Der Staatspräsident a. D. Prof. Dr.-Ing. Hermann Gumel, Berlin.

25 Jahre Badischer Landesverein für Bienenzucht

In diesen Tagen beging der Badische Landesverein für Bienenzucht das Fest seines 25jährigen Bestehens. In stetiger, nur durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre unterbrochener Aufwärtsentwicklung hat er es auf die fastliche Zahl von rund 11 000 Mitgliedern gebracht. Er umfaßt damit mehr als zwei Drittel der gesamten badischen Züchterzahl und zwar den wesentlich wertvolleren Teil, denn die noch abseits vom Verein stehenden Züchter sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl Kleinrentner und Kleinstzüchter, die nur wenige Bienenstöcke besitzen und somit an dem Gesamtbeitrag der badischen Bienenzucht nur einen geringen Anteil haben.
Im Durchschnitt der Jahre kann man in Baden mit einer Honigmenge von etwa 200 000 Zentner rechnen, deren Wert mit 2 Millionen Reichsmark anzusetzen ist. Der mittelbare Nutzen, den die Bienen durch ihre Blütenbestäubungsarbeit leisten, kann für Baden mit rund 20 Millionen Reichsmark Wert angesetzt werden. Schon diese kurzen Angaben zeigen, daß die badische Bienenzucht auf sehr beachtenswerter Höhe steht. Das ist in ausgleichendem Maße durch die vielgestaltige Tätigkeit des Badischen Landesvereins für Bienenzucht erreicht worden.
Die Jubiläumsfeier fand gelegentlich der diesjährigen Hauptversammlung am vergangenen Samstag und Sonntag in Aberslingen a. Badensee statt. Mit ihr war auch eine größere bienenwirtschaftliche Ausstellung und ein Honigmarkt verbunden.

Die badischen Malermeister hielten in Walldorf ihre 26. Verbandstagung ab, zu der etwa 80 Delegierte aus allen Teilen Badens erschienen waren. Nach einem Begrüßungsabend am Sonntag, auf dem Bürgermeister Gerke namens der Stadt die Gäste willkommen hieß, tagten am Sonntagvormittag die Landesausstellungskommission, die Gesellenausstellungskommission und die Lohnkommission. Als Tagungsort für die nächste Landesversammlung wurde Mannheim gewählt. Der Vorstand bis auf den Schriftführer wurde wiedergewählt.

Bildhauertagung Südbadens. Die Hauptversammlung des Verbandes der Bildhauer- und Grabsteingewerbetreibenden Baden-Pfalz fand unter Leitung von Kunstbildhauer Fries (Heidelberg) in Reustadt a. d.ardt statt. Der Vorsitzende betonte, daß die Massen- und Massenware den Markt überflutet und die individuelle Arbeit erstickt. Er appellierte an die Behörden, den Bildhauerberuf vor dem Zusammenbruch zu bewahren; die Friedhofbestimmungen wären mancherorts zu lockern und zu modernisieren. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage wurde der Beschluß gefaßt, sämtliche Tarife mit sofortiger Wirkung zu kündigen und künftig nur noch nach der tatsächlichen Leistung zu zahlen. Die nächste Tagung soll in Karlsruhe stattfinden.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 42) enthält die Verordnung des Ministers des Innern über die Aufhebung des Einfuhrverbot für Hengste und Stuten aus Italien, das mit Verordnung vom 26. August 1927 erlassen worden war.

Gemeinderundschau

Ambau des Heidelberger Karlstor-Bahnhofs gesichert. Nach einer Mitteilung des Heidelberger Oberbürgermeisters ist die Vereinbarung über den Umbau des Karlstor-Bahnhofs und die Verlegung der Oberradstraße nunmehr endgültig zustande gekommen. Wenn die Planbearbeitung und die landespolizeiliche Begutachtung von allen Stellen beschleunigt durchgeführt wird, kann mit dem Beginn der Bauarbeiten und damit auch mit einer Beschäftigung einer größeren Zahl von Erwerbslosen im Oktober d. J. gerechnet werden.

Der Vorschlag von Eberbach. Der Bürgermeister legte dem Eberbacher Gemeinderat den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932 vor. Der Haushaltsplan ist in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.

Der Vorschlag der Gemeinde Bischofsheim (Amt Nastatt), die 1000 Einwohner zählt, weist einen ungedeckten Aufwand von 19 720 M auf, welcher die Erhebung einer Umlage von 1,99 M plus 11 Pf. Kreissteuer notwendig macht. Die Ausgaben betragen 46 410 M, die Einnahmen 26 290 M. In der Sitzung des Bürgerausschusses wurde der Vorschlag mit 19 gegen 15 und 2 Enthaltungen angenommen. Als Ablehnungsgründe sind die Gehälter der Gemeindebeamten angeführt worden, wovon z. B. der Bürgermeister ein solches von 100 M und der Ratsschreiber ein solches von 97 M pro Monat bezieht. Durch die teilweise Stilllegung der Werke in Gaggenau und Nastatt ist die Gemeinde sehr in Mitleidenschaft gezogen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde im Vorjahr eine Wasserleitung gebaut mit einem Kostenaufwand von über 100 000 M, welcher fast restlos aus Anlehensmitteln bestritten wurde. Die Gemeindeverwaltung ist bemüht, die notleidende Einwohnerschaft, so weit wie möglich, zu unterstützen, die sich wieder mehr der Landwirtschaft, insbesondere dem hier schon stark vertretenen Obstbau zuwenden. Alle anfähigen Familien werden sich jedoch wegen der geringen Anbaufläche hieron nicht ernähren können und es wäre deshalb sehr zu wünschen, wenn in der Industrie ein Aufschwung eintreten würde.

Ermäßigung der Kurtaxe und Fährpreise in Baden-Baden. Um den Besuchern Baden-Badens besonders entgegenzukommen, haben die zuständigen Verwaltungen beschlossen, bereits für die Herbstferien die Preise in den staatlichen Kuranstalten zu senken und die Kurtaxe durch Ausgabe von Wochenkarten weiterhin zu ermäßigen.

Der Bürgerausschuß Gutach (Amt Wolfach) hat den Vorschlag für 1932 trotz erheblicher Bedenken angenommen. Der ungedeckte Aufwand von 67 934 M wird durch eine Umlage von 90 Pf. (bisher 84 Pf.) vom Grundvermögen, 34 Pf. (32 Pf.) vom Betriebsvermögen und 525 Pf. (471 Pf.) vom Gewerbebeitrag sowie durch die Beibehaltung der Biersteuer, die Einführung der Getränkesteuer und die Erhöhung der Bürgersteuer auf den dreifachen Satz bis auf 17 793 M gedeckt. Diese sollen durch eine Staatsbeihilfe ausgeglichen werden.

Der Bürgerausschuß Neustadt i. Schw. hat nach dreistündiger Beratung den Vorschlag für 1932/33 mit 50 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der auf äußerste Sparmaßnahme eingestellte Vorschlag wollte zur Deckung der Differenz zwischen 508 608 Reichsmark Einnahmen und 630 500 M Ausgaben die Umlagen erhöhen: beim Grundvermögen von 69 auf 90 Pf., beim Betriebsvermögen von 27 auf 34 Pf. und beim Gewerbebeitrag von 448 auf 525 Pf. Der Vorschlag muß nun entweder vom Bürgermeister oder vom Bezirksamt in Kraft gesetzt werden. Entgegenstehenden Vorbringen der Bürgermeister mit den städtischen Beamten in Verbindung treten zwecks weiteren Verzichts auf einen Teil des Gehalts.

Der Bürgerausschuß Bad Peterstal hatte sich mit dem Vorschlag für 1932/33 zu beschäftigen. Er schließt mit einem ungedeckten Aufwand von 34 712 M ab, der nach Vorschlag der Verwaltung durch eine Umlage in Höhe 76 Pf. beim Grundvermögen, 30 Pf. beim Betriebsvermögen und 570 Pf. beim Gewerbebeitrag ausgeglichen werden soll. Obwohl der Vorschlag mit äußerster Sparmaßnahme aufgestellt ist, wurde von verschiedenen Seiten Kritik geübt. Sie richtete sich besonders gegen die Bezüge der Gemeindebeamten und -bediensteten und die jederzeit abgeleiteten neuen Geländerverwerbskosten für den Bahnbau Bad Peterstal—Bad Griesbach infolge Erbruttes an der Albenbrücke. Der Vorschlag wurde abgelehnt.

Bezirksversammlung badischer Gemeinden. In einer in Müllheim abgehaltenen Bezirksversammlung des Vereines badischer Gemeinden wurden laufende Verwaltungsfragen behandelt. Für den auscheidenden langjährigen Vorsitzenden, Bürgermeister Paul, Oberweiler, wurde Bürgermeister Schäfer, Malsburg, gewählt und an seiner Stelle Bürgermeister Linsensoll, Neuenburg, zum Schriftführer ernannt.

Keine Ausgleichsmöglichkeit für den Schopheimer Haushalt. Der Haushaltsplan der Stadt Schopfheim weist einen ungedeckten Fehlbetrag von circa 350 000 M auf. Da alle Steuermittel erschöpft sind, so ist ohne Reichs- und Staatshilfe eine Ausgleichung nicht möglich. Andererseits erfordern die Fürsorgeleistungen einen Mehraufwand von circa 200 000 M. Schopfheim hat insgesamt 1112 Personen zu unterstützen, dies entspricht einem Viertel der Gesamtbevölkerung.

Keine Umlageerhöhung in Konstanz. Durch eine Mehrablieferung der technischen Werke an die Stadtasse in Höhe von 80 000 M, durch verschiedene Ausgabenfürzungen und durch Maßnahmen im Fürsorgewesen ist es gelungen, den Vorschlag für das Rechnungsjahr 1932 ohne Erhöhung der Umlage oder der Steuern auszugleichen, obwohl die zu erwartenden Reichszuwendungen für die Wohlfahrtsverbände gesenkt worden sind. Die Beratung des Vorschlags 1932 im Bürgerausschuß soll noch im Laufe des August erfolgen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Acht Personen vom Tode des Ertrinkens gerettet
Hd. Mannheim, 19. Aug. Im Laufe des gestrigen Tages gerieten im Stranbad acht des Schwimmschwimmers unfähigen Personen in die Gefahr des Ertrinkens, darunter fünf Frauen, ein Mädchen, ein 58 Jahre alter Direktor aus Bad Dürkheim und ein 12 Jahre alter Realschüler von hier. Der Schüler wurde von einem 27 Jahre alten Schlosser unter eigener Lebensgefahr gerettet. Die übrigen Personen wurden ebenfalls von zu Hilfe eilenden Badegästen an Land gebracht, wo sie sich zum Teil erst nach längerer Zeit wieder erholten. Nachmittags ist im Stranbad der 46 Jahre alte verheiratete frühere Steuerassistent Joseph Traunagel, wohnhaft in Medarau, ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Hd. Mannheim, 18. Aug. Aus Anlaß des Ablebens des badischen Innenministers fand gestern vormittag im großen Saal der Polizeidirektion eine Gedenkfeier statt, an der

Polizeibeamte aller Dienstzweige und Gendarmenbeamte teilnahmen. Regierungsrat Dr. Reiber, als Vertreter des Polizeipräsidenten, gedachte der großen Verdienste des Verstorbenen. Die Feier war umrahmt von Gesangsvorträgen der Gesangsabteilung der Polizeibeamten.

M. Eittingen, 19. Aug. Der etwa 30jährige Alois Weber aus Speffart leidet an epileptischen Anfällen und ist je nach diesen Anfällen einige Tage geistig nicht mehr normal. Vorlezte Nacht erlitt der Bedauernswerte abermals zwei Anfälle und lief dann gestern morgen von zuhause fort. Er ging in der Richtung des Bahnhofes Ehenrot. Auf dem Wege begegnete ihm zwei Knaben aus Ehenrot. Ohne weiteres berstete er plötzlich dem siebenjährigen Josef Mai mit einem Prügel einen Schlag, so daß der Knabe zu Boden sank, wo er noch vier bis fünf Schläge erhielt und tot am Platze liegen blieb. Beim Bahnhof Ehenrot traf er nochmals zwei Knaben und schlug auch da wieder auf einen von diesen. Zum Glück waren hier nun gleich andere Leute zur Stelle, die dem 14jährigen Knaben zu Hilfe kamen. Der Bahnfinnige gebürdete sich jetzt wie ein wildes Tier, so daß es nur mit Mühe und Not gelang, ihn zu fesseln und abzuführen.

D. J. Murg (Amt Säckingen), 18. Aug. Der St.-Mann Baumgartner von hier wurde mit einer schweren Schußverletzung ins Säckinger Spital verbracht. Er hat einen Steckschuß im Oberschenkel. Auf welche Weise Baumgartner, der in Lebensgefahr schwebt, zu der Verwundung gekommen ist, muß die Untersuchung ergeben. Nach der ganzen Art der Verwundung ist anzunehmen, daß Baumgartner sich den Schuß aus Unvorsichtigkeit selbst beigebracht hat, denn darauf deutet die völlige Zerreißen der Einschußöffnung hin. Ob die Annahme des „Alemanne“, daß ein Nachschuß seitens Reichsbannerleute vorliegt, zutrifft, darüber dürfte die angeforderte Untersuchung in den nächsten Tagen Klarheit bringen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Antlich)

	19. August		18. August	
	Mark	Reich	Mark	Reich
Amsterdam 100 G.	169.78	170.12	169.78	170.12
Kopenhagen 100 Kr.	77.82	77.98	77.87	78.93
Italien 100 L.	21.58	21.62	21.58	21.62
London 1 Pf.	14.61	14.65	14.62	14.66
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.50	16.54	16.49	16.53
Schweiz 100 Fr.	81.99	82.15	82.09	82.16
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.482

Börsen und Geldmarkt

Überraschungen sind an der Börse keine Seltenheit. Eine solche Überraschung war es, als im ersten Teil der Berichtswoche nach einigen Tagen der Plan sich plötzlich wieder ein Umstimmung zur Pause eintrat, obwohl politisch damals kein Anlaß vorlag. Bei dem geringen Umfang der Geschäftstätigkeit vermochten schon kleinere Käufe einen derartigen Stimmungswandel herbeizuführen. Dazu kam dann allerdings der Einfluß der festen New Yorker Börse und das Anziehen der Rohstoffpreise, in dem die Wirtschaft den Beginn der Morgenämmerung eines Wiederanstiegs erblicken zu können glaubt. Die festen Meldungen des Auslands für die Reichsbank geben der Börse gleichfalls eine gute Stütze. In der zweiten Hälfte der Berichtswoche hielt dann die Festigkeit der Börse von der Befriedigung über die klare Marschroute der Regierung und über die Unnachgiebigkeit des Reichspräsidenten gegenüber den Forderungen Hitlers aus. Die Hausstimmung nahm nämlich zu, wobei allerdings Rentenwerte teilweise vernachlässigt blieben.

Am Geldmarkt ist im Laufe der Berichtswoche keine Veränderung eingetreten. Die Reichsbank wurde von den ausländischen Börsenplätzen als sehr fest gemeldet. Das englische Pfund unterlag einigen Schwankungen, hat aber im ganzen wieder eine Stärkung erfahren. Sehr befriedigend wirkte der neueste Reichsbankausweis, der die weitere Entlastung, sowie die Zunahme des Goldbestandes um 54 Millionen bei einer Notendeckung von 24 Prozent gegen 23,4 Prozent am Ende der Vorwoche brachte. Tägliches Geld ging nur vereinzelt unter die Grenze von 5½ bis 5¾ zurück; Privatdiskont unverändert.

Die Not der Rheinschiffahrt. Die an sich schon unerträgliche Not der Rheinschiffahrt wird besonders dadurch kompliziert, daß fünf bis sechs verschiedene Nationen ständig an der Schiffahrt auf dem Rhein beteiligt sind. Infolgedessen haben sich die privaten Interessenten auf Einladung von holländischer Seite schon vor einigen Wochen im Haag zusammengefunden, um über eine Befundung der Verhältnisse zu beraten. Diese Beratungen werden jetzt in Königswinter fortgesetzt. Die Reichsregierung ist an diesen rein privaten Verhandlungen nicht beteiligt; Deutschland ist vielmehr nur durch den Verein zur Wahrung der Interessen der Rheinschiffahrt vertreten. Trotzdem kommt jedoch den Verhandlungen außerordentliche Bedeutung zu.

Staatsanzeiger

Nach den Mitteilungen der Bezirkstierärzte waren am 15. August 1932 im Lande Baden verzeichnet mit:

Schweinepest:		Gemeinden:	
Amisbezirke:			
Mannheim		Mannheim-Sodenheim, Mannheim-Wallstadt, Mannheim-Friedrichsfeld, Mühlheim, Brühl, Albstheim, Ladenburg, Redarhausen, Otfersheim, Neilingen, Schriesheim	
Pforzheim		Pforzheim	
Sinsheim		Daisbach	
Weinheim		Weinheim, Hohenjachsen	
		Milchbrand:	
Amisbezirke:			
Neustadt		Neidingen, Brunnabern	

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufeetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Staatsministeriums:

Ernannt:

Die Oberlandesgerichtsräte Dr. Gustav Jolly und Dr. Karl Jordan zu Mitgliedern des Kompetenzgerichtshofs.

